

INFORMATIONEN

Presse, Rundfunk,
Fernsehen



Gewerkschaft
der Polizei

<http://www.gdp.de>
gdp-pressestelle@gdp-online.de

Bundesvorstand

Statement des GdP-Vorsitzenden Konrad Freiberg anlässlich der Protestaktion zur Bundesratsentscheidung über die Öffnungsklausel am 14. März 2003

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in wenigen Stunden und nur wenige Meter von hier entfernt entscheiden die Ministerpräsidenten im Bundesrat über die Öffnungsklausel bei der Beamtenbesoldung.

Sie haben die große Chance, der unanständigen Initiative des Landes Berlins eine klare Abfuhr zu erteilen.

Sie können verhindern, dass Deutschland zu einem Besoldungsflickenteppich verkommt.

Sie können verhindern, dass die Garanten der inneren Sicherheit Deutschlands, die Polizistinnen und Polizisten dieses Landes, dem Wohlwollen ihres jeweiligen Dienstherrn ausgeliefert sind.

Sie können der schleichenden Kleinstaaterei, die in Ausrüstung und Ausstattung der Polizei bereits in vollem Gange ist, zumindest in der Bezahlung der Polizeibeschäftigten ein Ende bereiten.

Seit dem Bekannt werden der Berliner Bundesratsinitiative zur Öffnungsklausel im Oktober des letzten Jahres haben wir alle mit großem Engagement auf das Ziel hingearbeitet, dieser unsozialen und aus der Hilflosigkeit geborenen Idee der Hauptstadtregierung den Garaus zu machen.

Wir haben bundesweit demonstriert.

Wir haben einen Film veröffentlicht, der die schwere und gefährliche Arbeit der Polizei eindrucksvoll darstellt.

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 117 - Telefax: (030) 39 99 21 - 190
Pressesprecher: Rüdiger Holecek, Funktelefon: 0172/7121599

Wir haben auf allen politischen Ebenen Gespräche und Verhandlungen geführt und die Ungerechtigkeit, die die Polizei treffen soll, deutlich gemacht.

Wir haben noch in diesem Monat, hier in Berlin, unsere Personalräte versammelt und beschlossen, nötigenfalls Sand in das Polizeigetriebe zu streuen.

Und es zeigt sich jetzt, dass unser gemeinsames Ziel, die Verhinderung der Öffnungsklausel nach dem Muster Berlins, erreicht werden kann.

Immer mehr Länder scheinen die Brisanz, die in der Berliner Öffnungsklausel steckt, erkannt zu haben.

Ich bin stolz darauf, dass unsere Organisation, die Gewerkschaft der Polizei, sich mit dieser Vehemenz und Machtfülle gewehrt hat. Sie hat es vermocht, der Politik die Augen zu öffnen.

Leider hat sich der Deutsche Beamtenbund und mit ihm die DPoIG an unserem Widerstand nicht beteiligt.

Sie sind andere Wege gegangen, an denen wir noch schwer zu kauen haben.

Wenn gleich die Ministerpräsidenten auf ihre Tagungsunterlagen schauen, dann lesen sie unter Punkt 5 der Tagesordnung

„Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften“
- Antrag des Landes Berlin -

folgende Ausschussempfehlung, ich zitiere:

„Alle beteiligten Ausschüsse empfehlen dem Bundesrat übereinstimmend, den Gesetzentwurf beim Deutschen Bundestag nicht einzubringen.

Sie regen vielmehr an, der Bundesrat möge die Bundesregierung im Rahmen einer Entschließung dazu auffordern, dass vom Deutschen Beamtenbund vorgeschlagene Konzept aufzugreifen und das Ergebnis in einem Gesetzentwurf zur Änderung der einschlägigen Bundesgesetze aufzunehmen.

Danach soll das Urlaubsgeld gestrichen, das so genannte Weihnachtsgeld reduziert und in das Monatsgehalt der Beamten eingebaut werden.

Darüber hinaus soll der besonderen Situation in den neuen Ländern einschließlich Berlins Rechnung getragen werden.

Dies sollte nach Ansicht des Finanzausschusses dadurch geschehen, dass für diese Länder eine Öffnungsklausel in allen Punkten eingeführt wird.

Wegen des inneren Zusammenhangs mit dem anstehenden Gesetzentwurf zur Anpassung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge 2003/2004 schlagen alle Ausschüsse vor, beide Maßnahmen im Kontext miteinander in einem Gesetzesvorhaben auf den Weg zu bringen.“ Zitat Ende.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn uns allen also in Zukunft in der Geldbörse etwas fehlt, dann nennen wir das die Beamtenbunds-Lücke.

Ich kann es noch immer nicht glauben! Ausgerechnet eine Organisation, die vorgibt, die Interessen der Beamtinnen und Beamten zu vertreten, ist uns in den Rücken gefallen.

Diese Suppe hat uns der Deutsche Beamtenbund mit seiner „Deutschen Polizeigewerkschaft“ eingebrockt!

Wir stehen also nicht nur für uns hier. Wir halten auch solidarisch Wache für die Kolleginnen und Kollegen der Deutschen Polizeigewerkschaft, die von ihrer Standesorganisation verraten und verkauft wurden.

Und ich appelliere an die Ministerpräsidenten: Macht diesen Unsinn nicht mit, die Polizistinnen und Polizisten in allen Ländern Deutschlands haben Anspruch auf eine gerechte Bezahlung. Sie haben Anspruch auf eine gleiche Bezahlung.

Lasst uns nun zum Bundesrat aufzubrechen.

Wir können dort bei der Entscheidung über einen verhängnisvollen Rückfall in die Besoldungs-Kleinstaaterei den Ministerpräsidenten leider nicht die Händchen halten.

Aber wir wollen dafür sorgen, dass sie ihre Entscheidung gut geschützt treffen können.

Wir werden uns, wie es das Gesetz und die Auflagen für unsere Demonstration vorschreiben, auf der gegenüberliegenden Straßenseite aufhalten.

Es sind ja auch nur wenige Meter zu denen, die unseren Protest zur Kenntnis nehmen müssen.